

***Ändere die Welt,
sie braucht es.***

BESCHLUSSBUCH

**Landesdelegiertenkonferenz der JungsozialistInnen in der SPD
Landesverband Thüringen**

19.11.2005 | Wechmar, Gemeindesaal

INHALTSVERZEICHNIS

Arbeitsprogramm

A1	Ändere die Welt, sie braucht es. Landesarbeitsprogramm 2006	3
----	-------------------------------------------------------------	---

Anträge zur Weiterleitung an verschiedene Ebenen der SPD

B1	Einführung einer Toleranzmenge für Cannabisprodukte	9
B2	Ausbildungsplatzumlage	11
B3	Unterstützung für MOBIT	12
B4	Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer	13
B5	Müllverbrennungsanlagen verhindern	13
B6	Grundsatzprogramm der SPD	14
B7	Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge	14
B8	Mitgliederbericht	15
B9	Parteiordnungsverfahren gegen Wolfgang Clement	15
B10	Keine weiteren Kürzungen bei Studentenwerken	16

Resolutionen / Allgemeine Beschlüsse

C1	Für mehr Gerechtigkeit! Anpacken! Jetzt!	16
C2	Privatisierung der Thüringer Wälder stoppen	17
C3	Umweltpolitischer Antrag	18
C6	Antrag zur besseren finanziellen Ausstattung der Polizei	19
C7	Hochschulpolitik kritisch begleiten	20
C9	Keine Waffen für China	20
C10	Freiheit für Tibet	21
C11	„Grobes Orientieren“ an den primären Zielen im Wahlkampf	22
C12	Kinderbetreuung ist kein Experiment	23
C13	Revolution der Basis	23
C15	Bessere finanzielle Unterstützung für Berufsschulen	24

Satzungsändernde Anträge / Organisatorisches

D1	Satzungsänderung	24
D3	Arbeitskreis Antirassismus	24

Initiativanträge

I2	Erarbeitung eines Liederbuchs	25
I3	Einführung moderner Kommunikationsmittel bei Landesvorstandssitzungen prüfen	26

A1

Ändere die Welt, sie braucht es.

Landesarbeitsprogramm 2006

I. Um die Welt zu ändern muss man im kleinen anfangen.

Die Arbeit des Landesverbandes konzentriert sich im Jahr 2006 daher auf die interne Bildungsarbeit, sowie die weitere Aktivierung seiner Mitglieder. Durch Seminare soll die Weiterbildung, sowie das Kennen lernen der Mitglieder untereinander gewährleistet werden.

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aber auch mit der eigenen Partei wird entschieden fortgesetzt. Dazu ist es notwendig, ausreichend inhaltlichen Unterbau zu haben. Hierfür bieten die Arbeitskreise eine ideale Plattform. Weiteres Ziel wird die Forcierung der Internationalen Arbeit sein. Dafür ist ein Landesvorstandsmitglied zuständig.

II. Mehr Chancen für Bildung. Das Seminarprogramm 2006

Bildung ist das zentrale Thema der Zukunft. Für die Jusos Thüringen wird die politische Bildung der Mitglieder elementarer Bestandteil im Jahr 2006 sein. Wir machen es uns zur Aufgabe, im nächsten Jahr pro Quartal mindestens ein Seminar für die Mitglieder anzubieten. Darüber hinaus sollen die verschiedenen Arbeitskreise aus ihrem Themenkanon mindestens 2 Seminare pro Jahr anbieten. Die Organisation erfolgt zentral, über die dazu beauftragten Seminarverantwortlichen des Landesvorstands.

Für das Jahr 2006 sollen folgende Seminare angeboten werden:

1. Seminar für Neumitglieder – Aller Anfang ist schwer
2. Seminar zur aktiven Verbandsarbeit – Presse, Argumentation, Projektplanung
3. Berlin Fahrt – Ein Blick in das Herz der Republik
4. Erfurt Fahrt – Wo ist eigentlich der Unterschied zu Berlin?
5. Kommunalpolitik – Der erste Schritt in die aktive Politik
6. Stadtentwicklung – Städte sind mehr als nur Straßen und Häuser!
7. Jugend- und Sozialpolitik – Junge Menschen gestalten ihre Zukunft.
8. Gedenkstätte Buchenwald – Mahnung und Verantwortung
9. Wirtschaftspolitik - Grundbegriffe, Basiszusammenhänge
10. Sozialpolitik - Grundbegriffe, Basiszusammenhänge
11. Europa - einmal Brüssel und zurück
12. Dauerthema Türkei - Problemfall oder Zukunft der europäischen Integration?

Was bedeutet das im Einzelnen?

1. Seminar für Neumitglieder – Aller Anfang ist schwer

Für die neuen Mitglieder ist es oft schwer, sich zurecht zu finden. Was ist eine LDK, ein Buko oder ein BA? Das Neumitgliederseminar soll auf solche und andere elementare Fragen Antworten geben.

2. Seminar zur aktiven Verbandsarbeit – Presse, Argumentation, Projektplanung

Das Seminar soll die Mitglieder bei der aktiven Verbandsarbeit unterstützen. Es sollen folgende Fragen geklärt werden: Wie führe ich ein Pressegespräch? Wie schreibe ich eine Presseerklärung? Wie argumentiere ich richtig? Wie baue ich ein Referat oder eine Rede auf? Wie plane ich ein Projekt sinnvoll und erfolgreich? Das Seminar soll zweitägig stattfinden.

3. Berlin-Fahrt – ein Blick ins Herz der Republik

Die Fahrt soll Einblicke in den politischen Alltag der Abgeordneten geben. Wir besuchen den Bundestag (vielleicht mit Plenardebatte), unsere Parteizentrale (auch die der Jusos) und Ministerien. Natürlich werden wir auch andere Sehenswürdigkeiten unserer Hauptstadt besichtigen. Mit Übernachtung.

4. Erfurt-Fahrt – Wo ist eigentlich der Unterschied zu Berlin?

Abgesehen davon, dass Berlin viel größer ist, gibt es jede Menge politische Unterschiede. Erfurt ist Sitz des Bundesarbeitsgerichtshofes, der Thüringer Landesregierung und des Landtages. Die Kernfrage des Seminars lautet, welche inhaltlichen, politischen Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es zwischen der Bundesebene und der Landesebene, wie funktioniert so ein Landtag, eine Landesregierung und was bedeutet das für die Menschen? Eine Einstiegsdroge in die Föderalismusdebatte. Eintägig.

5. Kommunalpolitik – der erste Schritt in die aktive Politik

Schlägt man die Zeitung auf liest man auf den Lokalseiten meist, dass der Stadtrat oder der Kreistag etwas entschieden hat. BürgermeisterInnen, OberbürgermeisterInnen oder der LandrätInnen geben ihre Statements dazu ab und lokale Verbände äußern sich. Aber worüber eigentlich?

Die meisten Jusos sehen ihr Betätigungsfeld vor Ort. Dort wo sie die Probleme sehen, wollen sie die auch ändern. Aber wie genau geht das? Wer ist verantwortlich? Ist das nun kommunale Aufgabe, an wen kann ich mich wenden? Das Seminar bietet einen Einstieg in die Kommunalpolitik

6. Stadtentwicklung – Städte sind mehr als nur Straßen und Häuser?!

Stadtentwicklung bleibt auch in Zukunft ein Schwerpunktgebiet von Kommunalpolitik in den neuen Bundesländern. Der Stadtumbau Ost, der demographische Wandel und der anhaltende Bevölkerungsschwund in Thüringen fordern die Kommunen zum Umdenken. Wie diesen Entwicklungen auch aus jugendpolitischer Sicht entgegengetreten werden kann, soll dieses Seminar behandeln. Angedacht ist die Veranstaltung in Kombination mit einer Exkursion durchzuführen, um vor Ort Erfahrungen gemeinsam mit Profis zu sammeln.

7. Jugend- und Sozialpolitik – Junge Menschen gestalten Ihre Zukunft.

Die heutige Jugend klagt häufig über Perspektivlosigkeit und Langeweile. Das Seminar soll zeigen, wie man Jugendliche an ihre Heimatorte binden kann und wie es möglich ist z.B. einen Jugendklub aufzubauen. Wir besprechen Möglichkeiten um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Weisen auf politische Gestaltungsmöglichkeiten in Thüringen hin. Das Seminar findet in Zusammenarbeit mit KommunalpolitikerInnen statt.

8. Gedenkstätte Buchenwald- Mahnung und Verantwortung

In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte bietet das Seminar einen Einblick in die Geschichte und den Alltag des Konzentrationslagers.

Verschiedene Workshops behandeln die Themen. Dieser Workshop ist 3-tägig und wird mit anderen Landesverbänden veranstaltet.

9. - 12. Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Europa, Dauerthema Türkei

Ziel der Seminare muss die Einführung in wichtige Grundbegriffe der genannten Politikfelder sein. Weiterhin soll der Versuch unternommen werden wichtige Zusammenhänge darzustellen, um somit den Interessierten einen Einstieg in die komplexe Thematik zu ermöglichen.

III. Grundlagen unseres Handelns – Arbeit in den Arbeitskreisen

Einmal im Quartal finden Arbeitskreiswochenenden statt. Neben den Juso-SchülerInnen treffen sich dort die Arbeitskreise in thematischen Workshops.

Zwischen den Arbeitskreiswochenenden wird die Arbeit in Seminaren und anderen Veranstaltungen, wie beispielsweise Diskussionsrunden mit externen Referenten, fort gesetzt.

Die Verantwortung für die inhaltliche Gestaltung der Arbeitskreiswochenenden sowie die Organisation und Durchführung der Seminare obliegt dem Landesvorstand. Er benennt die zuständigen Sprecher bestimmter, dem Landesvorstand zur inhaltlichen Auseinandersetzung erforderlichen, politischen Themen.

1. Soziales

Ziel unserer Sozialpolitik ist es, die Gesellschaft so zu gestalten, dass die größte mögliche Freiheit durch die größte mögliche Solidarität ermöglicht wird. Ein Mensch ist nur dann auch frei, wenn er frei von der Angst des sozialen Abstieges ist.

Die Qualität einer Gesellschaft bemisst sich danach, wie sie mit ihren schwächsten Gliedern umgeht (beispielsweise Arbeitslose, Kranke, Alte, Kinder).

Deswegen treten wir für folgende Punkte ein:

- Unser Gesundheitssystem steht vor großen Veränderungen. Wir setzen uns deshalb für die Einführung der solidarischen BürgerInnenversicherung ein. Über die Beitragsbemessungsgrenze sowie weitergehende Systeme, wird im Arbeitskreis beraten.
- Integration muss schon im Kindesalter geleistet werden. Deswegen entwickelt der Arbeitskreis ein Konzept „ Soziale Schule“. Dabei ist Hauptziel, die Partei für die mittelfristige Umstrukturierung der Förderschulen zu sensibilisieren.
- Deutschland als Wohlstandsregion ist aus historischen und humanitären Gründen zu einer individuellen Asylpolitik verpflichtet. Der Arbeitskreis beschäftigt sich mit Konzepten zur dezentralen Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber und der daraus folgenden Beendigung der Gutscheinregelung. Die Ausweitung der Residenzpflicht auf das Gesamtgebiet Thüringen ist ein weiteres Thema.
- Bei der Gleichstellung von Mann und Frau, setzt sich der Arbeitskreis drei Schwerpunkte. An erster Stelle steht die Sensibilisierung der Partei für das Prinzip „Gender Mainstreaming“. Des Weiteren beschäftigen wir uns unter Gleichstellungsgesichtspunkten mit der Situation am Arbeitsmarkt sowie im Sozialen Bereich. Eine Broschüre soll die Situation der jungen Frauen in Thüringen darstellen.

2. Innere Sicherheit und Antirassismus

Die innere Sicherheit und damit das friedliche Zusammenleben der BürgerInnen unseres Landes wird zu Beginn des 21. Jahrhundert von zwei wesentlichen Problemen bedroht: der globalen Terrorismusgefahr und dem Zusammenbruch bzw. Abbau unserer umfassenden sozialen Sicherungssysteme.

Der Arbeitskreis soll sich mit verschiedenen innenpolitischen Themen beschäftigen, dem unser Land gegenübersteht. Dazu gehören neben dem Problem des Terrorismus, und dessen Eindämmung, auch die Zu-

wanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik sowie die Beschäftigung mit der Arbeit der deutschen Sicherheitsorgane.

Insbesondere in Thüringen hat sich gezeigt, dass eine Diskussion über die Arbeit der Sicherheitsorgane notwendig wird. Fragwürdige Aktionen von Polizei und Staatsschutz, insbesondere auch gegenüber rechtsradikalen Aktivitäten, ließen immer wieder ein Versagen deutlich werden.

Des Weiteren diskutiert der Arbeitskreis die Prävention von Jugendkriminalität und wie Staat und Justiz eine wirkungsvolle und integrative Umsetzung gestalten können. Von hohem Interesse muss weiterhin die steigende Gewaltbereitschaft gegen Frauen und Kinder sein, da eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Themen für die Jusos als Jugendorganisation einen hohen Stellenwert einnimmt.

In Deutschland ist ein radikaler Umbau der Bundeswehr notwendig. Eine Abschaffung der Wehrpflicht trägt den jetzigen Sicherheitsbedingungen Rechnung. Wir werden die Art der Umgestaltung der Armee diskutieren.

Der Arbeitskreis diskutiert die Frage der Entkriminalisierung sogenannter weicher Drogen.

3. Wirtschaft

Europäische Wirtschaftspolitik

Auf europäischer Ebene setzen sich die Jusos für die Lockerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein, durch welchen der Staat in seinem Handlungsspielraum, gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche, nicht unerheblich beschränkt wird.

Ein Wechsel von neoklassischen Dogmen zu moderner Finanzpolitik ist auch auf europäischer Ebene notwendig, damit ein Spielraum für die nationalen Volkswirtschaften geschaffen wird, um die Krisen der wirtschaftlichen Stagnation überwinden zu können. Im Arbeitskreis Wirtschaft sollen die Zusammenhänge zwischen europäischer Einflussnahme auf die Wirtschaftskreise und die damit verbundenen konjunkturellen Auswirkungen detailliert dargestellt werden.

Wirtschaftspolitik auf Bundesebene

Die wirtschaftliche Stagnation muss durch eine spezielle Förderung der Binnennachfrage überwunden werden, welche das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die wirtschaftliche Zukunft wiederherstellt. Wege aus der Krise gibt es nicht durch Verzicht, sondern durch ein zukunftsweisendes Wirtschaftsprogramm, das für Wachstum sorgt. Sinnvoll ist die Suche nach Feldern, die ein ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

Der Arbeitskreis Wirtschaft wird sich im kommenden Jahr mit den verschiedenen Wirtschaftstheorien auseinandersetzen, um deren Inhalte und Auswirkungen zu diskutieren.

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit muss eines der Hauptziele sozialer Politik bleiben. Die immer produktivere Gesellschaft rationalisiert in der Marktwirtschaft Arbeitsplätze weg. Durch Arbeitszeitverkürzung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können die Ausfälle kompensiert werden, damit alle weiterhin am Erwerbsleben teilhaben können.

Thematisiert wird der Umgang der Gesellschaft und der Wirtschaft mit der Arbeitslosigkeit. Unter welchem Druck stehen die Unternehmen und wo bleibt der soziale Anstrich der Wirtschaft?

Wirtschaftspolitik auf Landesebene

Thüringen steckt in massiven Finanzierungsschwierigkeiten und kann wiederholt für 2006/07 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Schuldenlast ist hoch, wodurch die Investitionsrate im Vergleich zu den anderen neuen Ländern sinkt. Förderfähige Projekte können dadurch nicht mehr gegenfinanziert werden. Schulden in Krisenzeiten aufzunehmen ist notwendig. Der Schuldenberg wächst und damit schwindet der Handlungsspielraum für eine gestaltende Politik.

Welche Wege gibt es aus der Krise und wo liegen die Versäumnisse der Finanzpolitik in Thüringen in den letzten Jahren? Wie funktioniert Wirtschaftsförderung und welche Bereiche gibt es? Mit diesen Themen werden wir uns im kommenden Jahr beschäftigen.

Aktionen

Die theoretischen Grundlagen sollen auch praktisch überprüft werden. Aus diesem Grund sind Firmenbesuche, Gespräche mit den Gewerkschaften und Betroffenen der Arbeitslosigkeit geplant.

Seminare zu Themen auf der Landesebene werden angeboten, damit eine detaillierte Diskussion möglich ist. Darüber hinaus wird es die Verleihung eines Preises an besonders arbeitnehmerInnenfreundliche Unternehmen geben. Sonstige Podiumsdiskussionen werden eingeschoben. Diese sind jedoch terminlich von der eingeladenen Person abhängig und werden am Anfang des Jahres festgesetzt.

4. Bildung

Bildung ist das zentrale Element aller politischen Jugendarbeit. Nur wer informiert ist kann mitdiskutieren, eigene Lösungsvorschläge zu den Problemen unserer Zeit erarbeiten und durchsetzen. Folgende Themen sollen im kommenden Jahr besprochen werden:

- Die Jusos Thüringen bekennen sich zum gebührenfreien Erststudium. Es ist unsere Aufgabe, sich aktiv in die weiterschwelende Debatte darüber einzumischen und klar zu machen: Bildung muss für alle zugänglich sein und darf sich nicht am Geldbeutel der Eltern messen. Dessen ungeachtet akzeptieren die Jusos den Fakt, dass der Finanzbedarf der Hochschulen im Freistaat durch höhere Studierendenzahlen und durch den Bedarf an moderner Ausstattung gestiegen ist. Wir sehen es daher als unsere Aufgabe an, nach Möglichkeiten zu suchen, wie dieser Problematik entsprochen werden kann.
- Die Jusos begleiten die Umstrukturierung der alten Magister Studiengänge zu Bachelor/Masterstudiengängen kritisch.
- Pisa hat eines deutlich gemacht: Chancengleichheit im Bildungssystem gibt es in Deutschland nicht. Die Kinder von sozial schwachen Eltern sind dabei die Verlierer. Der Arbeitskreis versucht die Ursachen für die soziale Schieflage an den Schulen herauszufinden und Lösungsansätze zu erarbeiten.
- In Thüringen lernen Kinder mit unterschiedlichen Talenten an verschiedenen Schulformen. Modelle wie Jena-Plan oder Walldorf leisten heute einen erheblichen Teil der Schulbildung. Allerdings leisten diese Schulträger ihre Arbeit zu sehr im Verborgenen. Gerade nun, in der Debatte um die Zukunft unserer Schulen schweift der Blick auf Alternativen zu schnell ins Ausland, anstatt andere, in Deutschland praktizierte, Schultypen unter die Lupe zu nehmen. Wir machen es uns daher zur Aufgabe, die alternativen Bildungsträger zu analysieren und daraus Reformvorschläge für das staatliche Schulwesen abzuleiten.
- Integration muss schon im Kindesalter geleistet werden. Deswegen entwickelt der Arbeitskreis ein Konzept „Soziale Schule“. Dabei ist Hauptziel, die Partei für die mittelfristige Umstrukturierung der Förderschulen zu sensibilisieren. Ziel dieser Umstrukturierung soll sein, sowohl Lernschwache, wie auch körperlich bzw. bis zu einem gewissen Grad geistig behinderte Kinder nicht in Sonderschulen zu „parken“ sondern aktiv in den vermeintlich normalen Schulalltag zu integrieren.
- Der Arbeitskreis setzt sich für den Erhalt der Kindertagesstätten in flächendeckender Form ein. Da Bildung bereits im Vorschulalter von enormer Bedeutung ist müssen einerseits genügend Plätze für Kinder bereitgestellt werden. Andererseits dürfen Kitas nicht zu Betreuungsorganisationen verkommen. Der Freistaat muss klare Lerninhalte definieren, welche vor Ort durch die ErzieherIn-

nen vermittelt werden. Ziel muss sein, allen Kindern den reibungslosen Einstieg ins Schulleben zu garantieren. Die Jusos wollen aktiv darauf hinwirken

- Wir bekennen uns zur Einheit von Grundschule und Hort. Eine Auflösung dieses historisch gewachsenen Gebildes aus Kostengründen ist verwerflich und schadet der Zukunft unserer Kinder. Der Arbeitskreis sieht seine Aufgabe darin, mit den bereits bestehenden Vereinigungen zu diesem Thema zusammenzuarbeiten und sich an der Entwicklung von Handlungsstrategien zu beteiligen, damit die Institution Hort die aktuelle Landesregierung und evtl. Nachfolgeregierungen überlebt.
- Lehrmittelleihgebühren sind abzuschaffen. Der Arbeitskreis wird durch Öffentlichkeitsarbeit auch weiterhin auf die Wiederabschaffung der Schulgebühren durch die Hintertür hinzuwirken.
- Wir setzen auf ein integratives Schulsystem, in dem alle Schüler länger gemeinsam lernen und die Möglichkeit zu individueller Betreuung haben.

5. Juso-SchülerInnen in Thüringen

Auf der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Thüringen am 19.11.2005 gründet sich die landesweite Juso-SchülerInnen-Gruppe.

Die Organisation der landesweiten Treffen wird von einem fünfköpfigen Koordinationsteam übernommen werden. AnsprechpartnerInnen und LandeskoordinatorIn ist der/die zuständige VertreterIn im Juso-Landesvorstand.

Den Juso-SchülerInnen gehören alle Jusos an, welche eine allgemeinbildende oder weiterführende Schule besuchen und nicht den Juso-Hochschulgruppen angehören. Die Juso-Mitgliedschaft ist nicht zwingend, aber erwünscht. Sofern kein Ausschlussgrund mit den Richtlinien der Jusos Thüringen oder der Jusos auf Bundesebene besteht, können auch interessierte „Nicht-Jusos“ vom Koordinationsteam bei den Juso-SchülerInnen aufgenommen werden.

Es sollen vierteljährliche Treffen stattfinden - optimalerweise in verschiedenen Kreisverbänden des Landes. Außerdem beteiligen sich die Juso-SchülerInnen Thüringen an der bundesweiten Meinungsbildung im Rahmen der Juso-SchülerInnen-Gruppe auf Bundesebene.

Die Juso-SchülerInnen widmen sich der Durchsetzung folgender Ziele:

Schulsystem

- Die Förderung des vorschulischen Lernens
- die landesweite und flächendeckende Einführung von Ganztageschulen
- flächendeckende Einführung der 10-jährigen Gemeinschaftsschule
- Erneuerung von Lerninhalten
- den gesicherter Übergang in die duale Ausbildung
- die Abschaffung des Föderalismus im Schulwesen
- ein integratives und demokratisches Schulgesetz

SchülerInnen-Vertretungen

Die SchülerInnenvertretungen sind die Interessenvertretung aller SchülerInnen. Wenn Bildungspolitik diese benachteiligt, nimmt sie den SchülerInnen jegliches Sprachrohr.

Die Juso-SchülerInnen werden sich aktiv in die vorhandenen Strukturen im Bund und Ländern einbringen.

Auseinandersetzung mit konservativer Bildungspolitik

In Anbetracht der konservativen und neoliberalen Bildungseinflüsse werden die Juso-SchülerInnen eine konsequente innerparteiliche, innerpolitische und öffentliche Auseinandersetzung suchen.

IV . Internationale Arbeit

Sozialdemokratie war immer eine internationalistische Bewegung, aber wie viel ist davon übrig geblieben? Wie und wo nutzen wir die Erfahrungen der Genossinnen und Genossen im Ausland für unsere und eventuell ähnlichen Probleme. Bisher haben wir zu wenig versucht, die Probleme die sich aus der globalen Vernetzung ergeben auch gemeinsam zu lösen und die Frage ist, wie lange wird es noch dauern, dass wir diese Probleme nur gemeinsam angehen können. Um nur ein Stichwort zu nennen, ein soziales Europa, das uns auch das Manko an europäischer Identität auflösen könnte.

Zunächst müssen wir aber die ersten Schritte zu Internationaler Arbeit gehen und uns darüber klar werden, was wir damit verbinden und uns davon versprechen. Persönliche Kontakte können uns dabei behilflich sein und den Kontaktaufbau beschleunigen.

Wir sollten mit Treffen beginnen, inhaltliche Ausrichtungen klären, Austausch über Gemeinsamkeiten und die Fragen, die uns als sozialistische und sozialdemokratische Jugend Europas gemeinsam betreffen und die wir auch nur so lösen können. Darauf könnte zum Beispiel eine Sommerschule folgen, wo wir uns erst einmal kennen lernen, unsere politischen Systeme vergleichen, deutsche Geschichte aufarbeiten oder den skandinavischen Sozialstaat erläutern. Natürlich wird alles auf Englisch stattfinden.

V. Mitglieder- und Personalentwicklung der Jusos Thüringen

Demokratie lebt durch ihre DemokratInnen. Partei lebt durch ihre Mitglieder.

Die Jusos bilden eine Arbeitsgemeinschaft der SPD, sie sind parteiliche Gliederung. Aus dieser Abhängigkeit erwächst eine Chance und Problemlage zu gleich. Mitglieder- und Personalentwicklung kann nur in Gesamtschau beider Teile erfolgen. Mitgliederarbeit der Jusos ist zugleich die der SPD. Die gezielte Zusammenarbeit der Jusos mit der Mutter-/Vaterpartei sichert Erfolg versprechende Mitgliederentwicklungen.

Mitgliederarbeit war in der Vergangenheit oft in vorbezeichneter Werbung erschöpft. Mitgliederentwicklung muss jedoch weiter greifen. MitstreiterInnen müssen thematisch erreicht werden.

Der Landesvorstand setzt sich bei seiner Arbeit mit der Entwicklung von Mitgliederwerbekonzepten auseinander

B1

Antrag an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Einführung einer Toleranzmenge für Cannabisprodukte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband der SPD Thüringen spricht sich für die Einführung einer Toleranzmenge für Cannabisprodukte aus. Im Rahmen des § 31 a BtMG soll in den Fällen, in denen einer Person der nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BtMG mit Strafe bedrohte Besitz von Cannabisprodukten nachgewiesen wurde, bei einer Menge bis zu 4 g von der Strafverfolgung abgesehen werden.

Die Landtagsfraktion der SPD Thüringen wird aufgefordert, sich gegenüber der Landesregierung für die Festlegung einer solchen Toleranzmenge einzusetzen.

Begründung:

Im Betäubungsmittelgesetz (BtMG) wie in den die Betäubungsmittel aufzählenden 'Anlagen I - III' wird Cannabis nicht von den sog. harten Drogen unterschieden; Abgesehen davon, ob eine solche Unterscheidung sinnvoll und angebracht ist, gehört Cannabis in Anlage I zusammen mit Heroin zu den 'nicht-verkehrsfähigen' Betäubungsmitteln.

Das heißt, auch Strafverfolgungsbehörden unterscheiden im Hinblick auf Strafbarkeit und Strafverfolgung nicht zwischen den einzelnen Drogenarten.

Deshalb verlangte das Bundesverfassungsgericht am 9.3.1994 für Cannabis eine einheitliche Festlegung der Höhe der 'geringen Menge', bei der die Staatsanwaltschaft Konsum-Delikte grundsätzlich einstellen soll.

Im Einzelnen heißt es dort, der Konsum kleiner Mengen Cannabis zum gelegentlichen Eigengebrauch tangiere nicht das öffentliche Interesse. Auch bestehe die konkrete Gefahr einer Weitergabe der Droge an Dritte nicht. Die Verhängung von Kriminalstrafe gegen Probierer und Gelegenheitskonsumenten kleiner Mengen von Cannabisprodukten kann in ihren Auswirkungen auf den einzelnen Täter zu unangemessenen und spezialpräventiv zu eher nachteiligen Ergebnissen führen, wie etwa die unerwünschte Abdrängung in die Drogenszene und einer Solidarisierung mit ihr. [BVerfGE 90, 145, 188]

Nach dieser Analyse hat das Bundesverfassungsgericht den Strafverfolgungsorganen auferlegt, nach dem Übermaßverbot von der Verfolgung der in § 31 a BtMG bezeichneten Straftaten grundsätzlich abzusehen. [BVerfGE 90, 145, Leitsatz 3] Dies betrifft in der Regel den Konsum und die Weitergabe geringer Mengen Cannabis zum Eigenbedarf.

Als Folge dieser Entscheidung führten die meisten Bundesländer sogenannte Toleranzmengen ein. Anhand dieser Vorgaben kann ein Konsument schon vorher genau erkennen, ob er eine Strafverfolgung zu befürchten hat oder nicht. Die Festlegung von Toleranzmengen verfolgt indes dem verfassungsmäßigen Gebot der Bestimmtheit von Straftatbeständen aus Artikel 103 Abs. 2 GG und gibt zudem Rechtssicherheit im Hinblick auf die Verfolgung solcher Straftatbestände, nämlich der aus § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 BtMG.

Dringend angebracht erscheint daher die Festlegung einer Toleranzmenge auch in Thüringen, da der Alltag der Strafverfolgungsorgane im Umgang mit Konsumenten meist unterschiedlicher Natur ist und das Gleichheitsgebot aus Art 3 Abs. 1 GG auf diese Art und Weise ausgehebelt wird.

Empfehlenswert ist zumindest, eine Toleranzmenge zu gestatten, die das Maß von ein bis zwei Konsumeinheiten (ca. 1 bis 6 Gramm) nicht übersteigt. Ein Richtwert sollte die Menge von 4 g sein.

Gesetzliche Grundlage:

§ 31a BtMG Absehen von der Verfolgung:

(1) Hat das Verfahren ein Vergehen nach § 29 Abs. 1, 2 oder 4 zum Gegenstand, so kann die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung absehen, wenn die Schuld des Täters als gering anzusehen wäre, kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung besteht und der Täter die Betäubungsmittel lediglich zum Eigenverbrauch in geringer Menge anbaut, herstellt, einführt, ausführt, durchführt, erwirbt, sich in sonstiger Weise verschafft oder besitzt.

(2) Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht in jeder Lage des Verfahrens unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten das Verfahren einstellen. Der Zustimmung des Angeschuldigten bedarf es nicht, wenn die Hauptverhandlung aus den in

§ 205 der Strafprozessordnung angeführten Gründen nicht durchgeführt werden kann oder in den Fällen des § 231 Abs. 2 der Strafprozessordnung und der § 232 und § 233 der Strafprozessordnung in seiner Abwesenheit durchgeführt wird. Die Entscheidung ergeht durch Beschluss. Der Beschluss ist nicht anfechtbar.

B2

Ausbildungsplatzumlage

Antrag an den Landespartei-tag der SPD Thüringen sowie an den Bundespartei-tag der SPD

Der Parteitag möge beschließen, dass die Jusos und die SPD die Forderung nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung konsequent und unverzüglich aufnimmt sowie dafür eintritt, dass die Wirtschaft dazu verpflichtet wird jedes Jahr ein ausreichendes Angebot von 112,5 Prozent an betrieblichen Ausbildungsplätzen nach dem entsprechenden Bundesverfassungsgerichtsurteil von 10.12.1980 zur Verfügung stellt.

Begründung:

Die Zahl der freien Ausbildungsstellen in Deutschland sind gegenüber 2004 weiter gesunken und die Zahl der Bewerber gestiegen. Wieder werden Tausende von Jugendlichen nicht die Möglichkeit haben eine ordnungsgemäße Ausbildung zu bekommen. Sie laufen gar Gefahr in den sozialen Rang von „Hartz IV“ abzurutschen. Eine praktikable Möglichkeit jedem / jeder SchulabgängerIn einen betriebliche Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, stellt ein gesetzlich geregelt, solidarisch finanzierten Ausbildungsfond dar, der durch das Umlagefinanzierungsgesetz möglich wäre. Zur Lösung des Problem des Lehrstellenmangels ist von der Industrie keine Lösung zu erwarten. Der freiwillige Pakt der Industrie für mehr Ausbildungsplätze im letzten bestand zum größten Teil aus unbezahlten Praktikumsplätze, was keine zukunftsorientierte annehmbare Lösung sein kann. Nur rund ein Drittel der Jugendlichen bekam 2005 einen echten betrieblichen Platz im dualen Ausbildungssystem. Ein Drittel der Lehrstellen werden in diesem Jahr gar nicht von den Unternehmen bereitgestellt. Die Unternehmen zieh sich immer mehr aus der Verantwortung und lassen die Jugendlichen auf der Straße sitzen. Man muss feststellen, dass der Ausbildungspakt den das Land Thüringen mit den Arbeitgebern geschlossen hat, gescheitert ist. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätzen sank um 1.300 auf 10.739 Stellen. Dafür haben sich 30.710 Jugendliche beworben. 15 % der Bewerber um eine Lehrstelle sind in diesem aus Thüringen abgewandert, weil es hier nicht genügend Wahlmöglichkeiten gibt. Die Einführung der Umlagefinanzierung in Deutschland könnte auch dem von der Industrie gefürchteten Fachkräftemangel entgegenwirken. Ein gutes Beispiel in Thüringen dafür das es funktionieren kann ist der Ausbildungsfond nach dem Vorbild der Bauindustrie, in den jedes Unternehmen einzahlen muss. Deswegen ist es wichtig den Kampf für eine Umlagefinanzierungsgesetz wieder aufzunehmen.

B3

Unterstützung für MOBIT

Der Landsparteitag der SPD möge beschließen:

Wir fordern die Landtagsfraktion der SPD im Thüringer Landtag dazu auf, sich nochmals öffentlich zu MOBIT (Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen) zu bekennen und politisch zu unterstützen.

Ein entsprechender Antrag ist im Landtag einzubringen.

Begründung:

Rechtsextremismus ist mittlerweile zum Problem in Thüringen geworden. Die Ergebnisse der Bundestagswahl sprechen dabei deutliche Zeichen. In vielen Ortschaften im Freistaat übersprang die NPD die 5% Hürde – in vielen weiteren verfehlte sie diese nur knapp. Diese Zahlen lassen böses für die 2009 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen erahnen.

„Frontstadt“ und „national befreite Zone“ sind Begriffe, welche wir in den vergangenen Monaten verstärkt in den Tageszeitungen lesen mussten. Die so genannten Freien Kameradschaften entdecken zunehmend Jugendclubs für sich und ihre Interessen. Schülerinnen und Schüler, welche politisch, wenn überhaupt, nur wenig gefestigt sind, geraten in Gefahr den braunen Häschern in die Arme zu laufen. Ein wichtiges Beispiel für die Rattenfängerei, welche seitens der NPD betrieben wird, ist die so genannte Schulhof CD – eine Zusammenstellung musikalischer und fremdenfeindlicher Hasstiraden.

Seit der Gründung leistet MOBIT in Thüringen aktive Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Die MitarbeiterInnen von MOBIT leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Toleranz und Demokratie in unserer Gesellschaft.

Aufgrund der sich verändernden politischen Konstellationen im Bund, gerät das Projekt, welches sich zum größten Teil durch Bundesmittel finanziert, in Gefahr. Die Thüringer SPD, wie auch die Landtagsfraktion sind daher dazu aufgerufen, MOBIT zu unterstützen. Dazu gehört:

- Betonung der Wichtigkeit der Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Koalitionsverhandlungen, bzw. bei den zukünftigen EntscheidungsträgerInnen
- Einsatz für die Sicherung der Finanziellen Ausstattung
- Suche nach Ergänzungsmitteln aus dem Landeshaushalt
- Öffentliche Unterstützung

Gerade die Sozialdemokratie ist in historischer Verantwortung dem aktiven Kampf gegen rechtes Gedankengut verpflichtet. Viele Genossinnen und Genossen beteiligen sich seit Jahren aktiv daran. Nichtsdestotrotz müssen wir in Hinblick auf die Wahlergebnisse der vergangenen Bundestagswahl anerkennen, dass wir in der Auseinandersetzung mit der NPD und ihrem braunen Gefolge auf Unterstützung angewiesen sind.

Viele BürgerInnenbündnisse im Freistaat helfen uns bei diesem Unterfangen. Allerdings bedienen sie sich des koordinatorschen und didaktischen Beratungsangebots von MOBIT. Somit stellt sich MOBIT für uns als wichtige Institution dar, auf die wir nicht verzichten wollen und können.

B4

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Landesdelegiertenkonferenz und der Landesparteitag der SPD Thüringen mögen beschließen, dass sich die Jusos und die SPD weiterhin gegen eine höhere Mehrwertsteuer einsetzen. Wir sind gegen die Erhöhung, weil sie unserer Region und den dort ansässigen Unternehmen und HandwerkerInnen schaden wird. Die SPD soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen.

Begründung:

Die Pläne sind unsozial. Familien mit geringen und mittleren Einkommen, deren Verdienst in den Konsum von Waren des täglichen Bedarfs geht, wären davon negativ betroffen. Besonders hart würde es RentnerInnen, Arbeitslose und Studierende treffen, die durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer keinerlei Entlastungen hätten. Die Mehrwertsteuererhöhung sind Gift für die heimische Wirtschaft. Angesichts der geringen Binnennachfrage wären es vor allem für die HandwerkerInnen und den Handel schlimm, wenn die Preise durch eine höhere Mehrwertsteuer erhöht werden. Für das Handwerk, das von einer minimalen Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung kaum profitieren würde, wäre das fatal. Da dadurch die Schwarzarbeit wieder zunehmen würde. Für den Einzelhandel wäre die Verwirklichung der „Merkelsteuer“ eine zusätzliche Belastung. Die Folge wäre ein weiteres Absterben des Einzelhandels und damit die weitere Vertreibung von Geschäften aus unseren Innenstädten.

„Eine Steuererhöhung wäre Gift für die Konjunktur, deswegen kann eine Steuererhöhung nicht in Frage kommen. Dies gilt für jede Steuer, also auch die Mehrwertsteuer“ (Zitat Volker Kauder, CDU-Generalsekretär, 18.Mai 2005).

B5

Müllverbrennungsanlagen verhindern

Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge beschließen:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bau von Müllverbrennungsanlagen verhindert wird. Des weiteren soll sich für eine ökologische Alternative ausgesprochen werden, wie zum Beispiel einer Mechanischbiologische Abfallbehandlung (MBA), einer Anlage mit Vorsortierung. Die Landtagsfraktion möge einen entsprechenden Antrag einbringen, der den sofortigen Stopp des Baus der „Restabfallbehandlungsanlage“ in Zella Mehlis beinhaltet.

Begründung:

Aufgrund rückläufiger Abfallmengen in Südwestthüringen macht Müllverbrennung keinen Sinn. Eine MBA kann aufgrund des flexiblen Anlagenkonzepts auf veränderte Abfallmengen und Stoffströme reagieren. In den angrenzenden Bundesländern Bayern und Hessen gibt es bereits Überkapazitäten. Eine Errichtung einer Anlage ist daher sinnlos, da auch die Müllgebühren durch die höheren Investitionskosten einer MVA steigen würden. Des weiteren entstehen beim Verbrennen von nicht vorsortierten Müll giftige Gase und Schlacke, die wieder weiter verarbeitet werden muss. Müllverbrennung setzt trotz Abgasreinigung Schadstoffe frei.

B6

Grundsatzprogramm der SPD

Der Landesvorstand der SPD Thüringen wird aufgefordert, die Diskussion um das Grundsatzprogramm der SPD gemeinsam mit der Basis zu führen.

Hierzu sind mindestens 2 Programmforen je Kreisverband durchzuführen.

Begründung:

Die Partei möchte sich ein neues Grundsatzprogramm geben. Hierzu muss die Basis angehört werden. Es geht um die zukünftige Ausrichtung der Partei. Diese muss von den Ortsvereinen mitbestimmt werden.

B7

Antrag an den Landesparteitag der SPD Thüringen

Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD Thüringen fordert den Bundesparteitag/ die Bundestagsfraktion auf sich für die Abschaffung der Residenzpflicht für Flüchtlinge einzusetzen.

Die Residenzpflicht ist im Asylbewerberverfahrensgesetz § 56 geregelt.

Begründung:

Das Residenzpflichtgesetz ist ein Gesetz, das nur für die Flüchtlinge in Deutschland gilt, die sich noch in ihrem Asylverfahren befinden, und besagt, dass sich die Flüchtlinge nur in dem Landkreis, in dem sich ihre zuständige Ausländerbehörde befindet, aufhalten dürfen. Es gilt seit 1982; einige Flüchtlinge sind ihm schon seit mehr als neun Jahren ausgesetzt. Nach § 56 AVfG (Asylverfahrensgesetz) kann ein Verstoß dagegen zu einer Geldstrafe bis 2.500 Euro oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr führen. Bei mehrmaligem Verstoß droht ein Ausweisungsbescheid, d. h. die Abschiebung. Zum Verlassen des Landkreises kann in Ausnahmefällen von der Ausländerbehörde eine Reiseerlaubnis erteilt werden, auch wenn es sich nur um fünf Meter außerhalb handelt. Dieses Gesetz gilt für alle Bundesländer, in einigen Landkreisen müssen die Flüchtlinge für eine Reiseerlaubnis bezahlen.

Die Residenzpflicht dient der Isolation und dem gesellschaftlichen Ausschluss von Flüchtlingen. Häufig liegen Asylheime in abgelegenen, ländlichen Gebieten. Die Residenzpflicht für Flüchtlinge existiert nur in Deutschland. Die Politik muss endlich bereit sein diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Gerade Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen mehr auf Integration, als auf Isolation setzen. Wir sind eine Partei, die die Würde aller Menschen vertritt. Deshalb muss dieses Gesetz abgeschafft werden.

B8

Mitgliederbericht

Der Landesvorstand der SPD möge beschließen:

Der Landesvorsitzende der SPD Thüringen wird aufgefordert, einen Bericht zur Mitgliederstruktur in der SPD Thüringen vorzulegen. Vorher sind die Kreisverbände aufgefordert, ihre Mitgliederdateien hinsichtlich ihrer Aktualität (vor allem Tätigkeit/ Beruf) zu überprüfen.

Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

1. Wie viele Männer und Frauen,
2. welche Berufsgruppen,
3. welche Altersgruppen

sind Mitglieder der SPD Thüringen und in den Gremien?

Begründung:

Die SPD ist eine Volkspartei, in der die gesamte Gesellschaft repräsentiert werden muss. Das ist bei der Mitgliederstruktur sowie in den Vorständen und weiteren Gremien zu beachten. Im Falle eines gravierenden Unterschiedes zur Gesellschaft ist keine Repräsentanz gewährleistet. Hier müssen Konsequenzen gezogen werden und spezifische Werbekampagnen angeboten werden. Hierzu stellt der Strukturbericht eine wichtige Grundlage dar.

B9

Parteiordnungsverfahren gegen Wolfgang Clement

Gegen das Parteimitglied Wolfgang Clement ist ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten. Wir streben eine Erteilung einer Rüge nach § 35 Abs. 2 Punkt 1 des Organisationsstatutes an.

Begründung:

In einem reißerischen und populistischen Report des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit werden Menschen, die das Sozialsystem ausnutzen, als Parasiten bezeichnet. Weiterhin wurde hier bewusst Stimmung geschürt. Entgegen der Kritik seitens der Agentur für Arbeit, veröffentlichte das Ministerium Zahlen, die eindeutig nicht repräsentativ sind.

Obwohl es eine breite gesellschaftliche Kritik an den Parasitenäußerungen gab, verteidigte Clement seine Wortwahl mehrmals.

Im Organisationsstatut der SPD heißt es:

„Gegen ein Mitglied, das durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse des Parteitages oder der Parteiorganisation das Parteiinteresse schädigt oder sich einer ehrlosen Handlung oder eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze der Partei schuldig macht, ist ein Verfahren durchzuführen.“

Letzteren Umstand sehen wir eindeutig als gegeben an.

B10

Keine weiteren Kürzungen bei Studentenwerken

Der Landespartei tag der SPD Thüringen möge beschließen:

Die SPD Thüringen setzt sich dafür ein, dass die Finanzierung der Studentenwerke bis 2010 auf dem derzeitigen Niveau bleibt und evt. zusätzlich anfallende Kosten durch die Zusammenlegung zu einem Thüringer Studentenwerk durch den Landeshaushalt getragen werden und nicht auf den Studenten „abgewälzt“ werden.

Begründung:

Die schon drastisch gekürzten Mittel der Studentenwerke dürfen nicht, wie geplant, weiter um 3% gekürzt werden. Dies würde die Leistungsfähigkeit der Studentenwerke erheblich einschränken. Außerdem müssten die Kürzungen durch daraus resultierende erhöhte Semesterbeitragsgebühren und steigende Preise bei Mensaessen und Wohnheimmieten von den Studenten getragen werden. Diese sind aber finanziell durch unzureichende BAföG-Regelungen, Langzeitstudiengebühren, usw. schon genug belastet.

C1

An die Landesgruppe Thüringen der SPD Fraktion im Deutschen Bundestag, die Mitglieder des Landesvorstandes der SPD Thüringen, Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften im Landesverband der SPD Thüringen

Für mehr Gerechtigkeit! Anpacken! Jetzt!

Die von der Bundesregierung durchgeführten Arbeitsmarktreformen, wurden durch die Jusos kritisch begleitet. Wir begrüßen ausdrücklich einige Punkte. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe führte dazu, dass ehemalige SozialhilfeempfängerInnen in die Arbeitsvermittlung einbezogen wurden. Der Anspruch eines Arbeitslosen auf Weiterbildung ist selbstverständlich richtig.

Kritik üben wir u.a. an den harten Sanktionen die hauptsächlich die unter 25 jährigen betreffen. Viele Kommunen verwenden diese Sanktionsmaßnahmen nicht mehr, da oft Arbeit angeboten wird, die unter Unzumutbarkeit fallen. Die Realitäten sehen anders aus als auf dem Gesetzesblatt. Daher setzen wir uns für eine Entschärfung der Sanktionsmaßnahmen ein.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Diskussion zum Ausbildungspakt. Die vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Anzahl an „auswahlfähigen Ausbildungsplätzen“ (ein Überhang der angebotenen Ausbildungsplätze von 12,5 Prozent gegenüber den Ausbildungsplatzsuchenden) ist bei weitem nicht erreicht worden. Wir werden trotz schwierigen Machtverhältnissen an der Forderung einer Ausbildungsplatzumlagefinanzierung festhalten.

Zur Bekämpfung von Lohndumping, halten wir nach wie vor am Mindestlohn fest.

Als das Thema der Zukunft wird von vielen Parteien der demographische Wandel benannt. Viele Einschnitte im Sozialstaat wurden mit den Herausforderungen der aktuellen Demographie begründet. Richtig ist: Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Allerdings sind damit nicht nur Probleme verbunden. Das Argument einer alternden Gesellschaft wird häufig als Begründung für Sozialabbau benannt.

Es gilt in der Gesellschaft und innerhalb der Partei, Aufklärungsarbeit zu leisten, Alternativen zu diskutieren. Die Entwicklungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass eine Gesellschaft mit wachsender Produktivität in der Lage ist, einen Wandel des Altersquotienten zu verkraften. Dieser Fakt muss in die Diskussion einbezogen werden um eine sozialgerechte Lösung zu finden. In unserer Gesellschaft gibt es an erster Stelle einen Unterschied zwischen arm und reich, nicht zwischen alt und jung.

Ein heutzutage oft vernachlässigtes Thema ist die Geschlechtergerechtigkeit. Dieser Punkt muss in der sozialpolitischen Diskussion Themen übergreifend beachtet werden.

Armut trifft Frauen eindeutig häufiger als Männer. Durch die so genannten „Bedarfsgemeinschaften“ im Rahmen des SGB2, bekommen vornehmlich Frauen weniger Unterstützung. Dieser Rückfall in alte Geschlechterdenkmuster, muss entschieden von der Sozialdemokratie bekämpft werden.

Wir fordern von der Partei einen klaren sozialdemokratischen Kurs. Die Regierung muss kritisch begleitet werden. Neben der Bundestagsfraktion und den BundesministerInnen, muss eine aktive Partei organisiert werden.

C2

Privatisierung der Thüringer Wälder stoppen

Die Jusos Thüringen sprechen sich entschieden gegen die Privatisierung thüringischen Staatswaldes aus.

Begründung:

Hierfür können zweierlei Art von Gründen angeführt werden. Zum einen beinhaltet das Verkaufen des Waldes eine ökologische Problematik. Förster des staatlichen Waldes sind dazu verpflichtet regelmäßig eine bestimmte Anzahl an Wildtieren zu schießen, um ein ökologisches Gleichgewicht in den Wäldern zu gewährleisten. Schließlich sind Bären und Wölfe, als natürliche Feinde des Wildes längst ausgestorben. Wird die Zahl der Wildtiere nicht stets auf ein bestimmtes Niveau reduziert, fressen diese immer wieder aufs Neue die Triebe von Jungpflanzen ab -eine Neupflanzung von Bäumen wird somit erschwert. Den Privatbesitzern hingegen ist es nun frei überlassen wie viel Wild sie wann jagen und ob sie es überhaupt tun. An dieser Stelle müssen sie sich nicht an gesetzliche Richtlinien halten. Und hier besteht das Problem – durch mangelhaftes und zu unregelmäßiges Jagen vermehrt sich der Wildbestand zu stark und gefährdet dadurch ein gesundes Wachstum des Waldes.

Ein zweites weniger brisantes Problem, welches bei einer Privatbewirtschaftung bestünde, wäre das Schicksal der zahlreichen WaldarbeiterInnen. Es wäre wohl naiv zu behaupten, ein privates Unternehmen, welches auf Gewinne angewiesen ist, erhält die vielen teuren Arbeitsplätze der WaldarbeiterInnen, wo deren Arbeit sowieso schon längst von Maschinen verrichtet werden kann. Der Staat Thüringen kann es sich indes nicht leisten, diese ArbeiterInnen von heute auf morgen einfach zu entlassen. Privatunternehmen wären jedoch ohne weiteres dazu genötigt. Ganz im Sinne der Gewinnmaximierung werden dann alte Arbeitsplätze durch Billiglohn Personal ausgetauscht, welche bei mehr Arbeit und weniger Geld regelrecht ausgebeutet werden. Daher ist es für uns, als VerfechterInnen des sozialdemokratischen Gedankens eine Pflicht, gegen die drohende Ungerechtigkeit bei der Privatisierung der Thüringer Wälder einzutreten. Ganz im Sinne des ArbeiterInnengedankens, der unsere Partei prägte, stehen wir ein für gerechte und soziale

Arbeitsbedingungen, die bei einem Verkauf des Waldes an Privatinvestoren nicht mehr im ursprünglichen Maße gesichert wären.

C3

Umweltpolitischer Antrag

Die Jusos Thüringen setzen sich für Natur- und Umweltschutzpolitik ein und wollen in Thüringen die Grundlagen für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung schaffen.

Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir auf Landesebene ein umfassendes Konzept vorstellen, das aktiven Naturschutz mit umweltschonender Energiegewinnung, gezielter Verkehrspolitik und lebendigem Tourismus verbindet. Zentrale Forderung wird hierbei sein, in Weiterentwicklung des SPD-Wahlmanifestes 2005 ein Nationales Naturerbe zu schaffen.

Das Ziel ist es, auf großen Flächen in Thüringen aktiven Naturschutz zu betreiben, der eine höhere Lebensqualität, bessere Lebensmittel und Arbeitsplätze schafft.

Die Jusos fordern, dass die Verwaltung dieser Flächen durch die unabhängige und finanzstarke Deutsche Bundesstiftung Umwelt erfolgt, und die Stiftung ihren Verwaltungssitz in Erfurt erhält.

Gemeinsam mit allen Betroffenen werden die Jusos Thüringen Konzepte für ihr Grundsatzprogramm für eine innovative und nachhaltige Politik in Thüringen erarbeiten.

Begründung:

Umwelt- und Naturschutzpolitik ist ein Politikfeld, auf dem aufgrund der allgemein positiven Resonanz bei jungen Leuten und der Möglichkeit der Förderung mit relativ umfangreichen Geldmitteln Wählerschichten erschlossen werden können. Politische GegnerInnen haben vorgemacht, wie es mit neuen Ideen auf diesem Gebiet gelingt, WählerInnenstimmen zu erschließen.

Gerade im Bereich des Naturschutzes ist die SPD jedoch die einzige Partei mit einem umfassenden Konzept, das es durch uns auszubauen gilt. Als Jusos Thüringen haben wir die Möglichkeit, gerade hier bei uns im Freistaat, neue Stimmenpotentiale bei jungen progressiven Menschen zu gewinnen.

Das Projekt, ein Nationales Naturerbe zu schaffen, hat zum Ziel, auf großen, zusammenhängenden Flächen Naturschutz zu betreiben. Hierbei soll im Einklang mit den Zielen der EU eine große Artenvielfalt (Biodiversität) gesichert werden.

Ein Baustein dieses Konzeptes ist es, große Wald-, Fluss- und Auenflächen sich selbst zu überlassen und in einem zweiten Schritt in Nationalparks zu schützen. Der große Erfolg des Hainich, der mit jährlich über 100.000 BesucherInnen ein großer Wirtschaftsfaktor mit neuen Arbeitsplätzen geworden ist, verdeutlicht auch die ökonomische Seite.

Ein weiterer Baustein ist eine nachhaltige Landwirtschaft und Energiegewinnung. Dabei soll zum einen auf die Landschaft und die Geologie Rücksicht genommen werden. Auf ertragsschwachen Böden muss Viehwirtschaft betrieben werden, Windkraftanlagen sollen nur dort stehen, wo auch wirklich Wind ist. Das nützt allen Beteiligten, die gute und günstige Lebensmittel kaufen möchten, welche sogar aus Brüssel gefördert werden, und die eine freie unzerstörte Landschaft in Thüringen genießen wollen.

Der nächste Baustein ist eine Verkehrsentwicklung mit Augenmaß, die Bahn und Fahrrad fördert. Nur auf diesem Weg gelingt es uns, weiter strukturschwache Regionen ans Verkehrsnetz anzuschließen und gleichzeitig dem Tourismus neue Perspektiven zu bieten.

Ein zentrales Anliegen in diesem Zusammenhang ist, alle Betroffenen wie Landwirte, Wirtschaft und BürgerInnen mitzunehmen. Es wird uns Jusos Thüringen gelingen, mit einem durchdachten und übergreifen-

den Konzept tief in Bevölkerungsschichten einzudringen. Wenn wir neue Leute mit unserem Ansatz überzeugen, werden wir Akzeptanz erzielen und nicht zuletzt Wahlen positiv gestalten können.

Um mit unseren Forderungen medial wahrgenommen zu werden, gehört es dazu, die Verwaltung der Naturschutzflächen durch die unabhängige Deutsche Bundesstiftung Umwelt zu fordern. Nur mit einer schlagkräftigen Stiftung kann ein solches Projekt zum Erfolg werden, weil dann die Flächen nicht an andere Private veräußert werden. Es ist dabei nicht zu vergessen, dass der Verwaltungssitz in Erfurt neue Arbeitsplätze schafft, die wir in Thüringen gut gebrauchen können.

Es hat sich gezeigt, dass es nur mit übergreifenden Konzepten gelingen kann, wirtschaftliche und politische Themen mit dem Naturschutz zu verbinden. Wir Jusos Thüringen sind in der Lage, ein solches Konzept auf die Beine zu stellen, um für eine nachhaltige Entwicklung und eine Erschließung von neuen WählerInnenpotentialen die Voraussetzungen zu schaffen.

C6

Antrag zur besseren finanziellen Ausstattung der Polizei

Die Thüringer Jusos fordern die Einhaltung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst und die dauerhafte Festsetzung der 40 Stundenwoche. Wir fordern eine bessere Bezahlung der Polizei, damit die Motivation der im Polizeidienst Tätigen und das Interesse junger Menschen, den Polizeiberuf zu ergreifen, gefördert wird. Des weiteren fordern wir zur Sicherung der öffentlichen Ordnung eine starke Präsenz vor Ort, um technischer Überwachung vorzubeugen.

Begründung:

Die Thüringer Polizei ist in der Vergangenheit häufig in den negativen Schlagzeilen gewesen. Dies verschlechtert das Ansehen bei den Bürgern und wirkt sich schlecht auf die kooperative Zusammenarbeit aus.

Eine demokratische Polizeiarbeit soll in der Öffentlichkeit diskutiert werden können. Doch müssen auch die Gründe nach dem Scheitern von aktiver Polizeiarbeit gesucht werden.

Im Freistaat hat sich die strukturelle Situation bei der Polizei geändert. Die Ausbildung der Polizei wird von der Kassenlage abhängig gemacht. Bereits jetzt fehlen Personalstellen bei der Polizei, die im Dienst kaum kompensiert werden können. Eine zusätzliche Belastung stellt die durch die Wende bedingte Alterspyramide dar. Werden in den kommenden Jahren nicht mehr junge Polizisten ausgebildet, dann kann die Funktion der Polizei massiv gefährdet sein. Ein weiterer Schwachpunkt ist die Aussetzung der Beförderung. Weil Beamte nicht in den gehobenen Dienst wechseln können, gehört die Thüringer Polizei zu den am schlechtesten bezahlten im Bundesgebiet.

C7

Hochschulpolitik kritisch begleiten

Die Thüringer Jusos begleiten die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master kritisch.

Die Jusos Thüringen sprechen sich gegen die Verschulung des Hochschulsystems aus, weil die Freiheit der Lehre ausgehebelt wird.

- es darf keine Quotierung beim Übergang vom Bachelor zum Master geben
- Bachelor und Masterstudiengänge müssen kostenfrei bleiben
- die Umstellung auf das BA/MA-System muss für eine echte ‚Studienreform‘ genutzt werden

Begründung:

Durch die Quotierung der Studiengänge werden unfertige Absolventen auf den Arbeitsmarkt gebracht, die auf diesem nicht bestehen können und der ihnen keine Perspektiven bietet. Nur durch den Master als Regelabschluss wird die Leistung des Hochschulsystems aufrechterhalten, damit studieren attraktiv bleibt und die Studierenden im internationalen Vergleich wettbewerbsfähig sind.

C9

Keine Waffen für China

Der Juso Landesverband Thüringen setzt sich für das weitere Bestehen des EU-Waffenembargos gegen die Volksrepublik China ein.

Begründung:

Das wirtschaftliche Wachstum der Volksrepublik China rechtfertigt nicht die permanente Verletzung der Menschenrechte, die starke Einschränkung der Meinungsfreiheit und die seit 1951 bestehende Besatzung des unabhängigen Staates Tibet.

Die Jusos Thüringen dürfen das Embargo, welches im Jahr 1989 nach der blutigen Beendigung des Demokratiebestrebens verhängt wurde, nicht als „Überbleibsel des Kalten Krieges“ ansehen.

Durch den Ausbau der deutsch-chinesischen Freundschaft soll versucht werden, auf die chinesische Regierung einzuwirken so dass die multiplen Formen der Unterdrückung beendet und durch allgemeine Freiheitsrechte ersetzt werden.

C10

Freiheit für Tibet

Der Juso-Landesverband Thüringen wird sich verstärkt politisch für die Unabhängigkeit und Freiheit der Tibeter einzusetzen und auf die Menschenrechtsverletzungen hinweisen.

Begründung:

Die Freiheit ist ein elementares Gut und erstrebenswertes Ziel für die ganze Welt. Wir wollen helfen, dass die Not in Tibet nicht in Vergessenheit gerät und dass das friedfertige Volk mit seiner einzigartigen Kultur eine Zukunft in und auf seinem Land hat.

Gründe im zusammengefassten Überblick

- Seit der Besetzung Tibets durch China 1949/50 kamen 1,2 Millionen Tibeter gewaltsam ums Leben
- Der Besitz eines Fotos des Dalai Lama ist in Tibet verboten. Der Dalai Lama ist jedoch das religiöse und politische Oberhaupt Tibets
- Die kommunistischen Herrscher zerstörten über 6.000 Klöster, Tempel und andere Kulturdenkmäler. Gerade einmal ein Dutzend blieb erhalten.
- Die aggressive Siedlungspolitik der Chinesen machte die Tibeter zur Minderheit im eigenen Land: neben den sechs Millionen Tibetern leben heute 7,5 Millionen Chinesen.
- Die Abholzung von 50 Prozent der Waldfläche Tibets unter den Chinesen ist eine Ursache der katastrophalen Überschwemmungen in Asien. In Tibet entspringen die größten Flüsse Asiens, z.B. Yangtse, Mekong, Indus und Brahmaputra.

Dem tibetischen Volk werden in seinem täglichen Leben seine Grundrechte auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit hinsichtlich seiner religiösen und politischen Überzeugungen verweigert. Jeder Ausdruck dieser Rechte kann zu einer Haftstrafe führen. Die Gründe für Verhaftung können so gering wie der Besitz eines Dalai Lama Bildes oder das Singen eines "Freiheitsliedes" sein. Alter ist kein Hinderungsgrund für Festnahme wegen politischer Delikte. Sogar 13-jährige Kinder werden in Haftanstalten für Erwachsene eingesperrt.

Wenn sie erst einmal inhaftiert sind, sehen die Tibeter noch weitere ihrer Rechte verletzt, wie das Recht, frei von Folter zu sein, ein faires Gerichtsverfahren und gesetzliche Vertretung zu erhalten und human behandelt zu werden.

Die Gefängnisverhältnisse in Tibet entsprechen keineswegs den internationalen Mindest-Standard-Vorschriften für die Behandlung von Gefangenen, und ebenso stehen sie im Widerspruch zu Chinas Ratifizierung der UN Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und entwürdigende Behandlung.

Trotz der Modifizierungen an dem Strafgesetz der VR China, die 1997 in Kraft traten, sind willkürliche Verhaftungen ohne Haftbefehl oder Anklage, fortgesetzte Festhaltung ohne Prozess und Verweigerung eines gesetzlichen Beistands bei tibetischen Gefangenen an der Tagesordnung. Folter und Misshandlung von Gefangenen, manchmal mit tödlichem Ausgang, bleiben weit verbreitet, und auch unter dem revidierten Gesetz gibt es Verhandlungen hinter geschlossenen Türen, wenn es um so genannte "Staatsgeheimnisse" geht.

C11

„Grobes Orientieren“ an den primären Zielen im Wahlkampf Heute und in Zukunft

Der Thüringer Landesverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD wird nicht von den primären Zielen des Wahlkampfes abrücken. Die Jusos Thüringen sind:

1. gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer,
2. gegen die faktische Abschaffung der Arbeitnehmerrechte in den ersten zwei Jahren,
3. für die Beibehaltung der Sozialversicherungsbefreiung bei Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge,
4. gegen die Kürzung der Pendlerpauschale.

Sollte nicht wenigstens die Hälfte der genannten Ziele erfüllt werden, müssen die Jusos Thüringen diese Große Koalition in aller Entschiedenheit ablehnen und für die Ablehnung bei anderen Landesverbänden, dem Bundesverband und weiteren Gliederungen der SPD werben.

Wir fordern die Abgeordneten der SPD Bundestagsfraktion dazu auf, sozialdemokratisch zu handeln und im Zweifel dem Gewissensgrundsatz folgen und nicht dem Koalitionsvertrag

Begründung:

Jeder Bundestagskandidat in Thüringen wurde im Wahlkampf von Mitgliedern der Jusos unterstützt. In Summe wurden Tausende Flyer, Manifeste, Sticker und ähnliches verteilt. Hauptthemen waren die Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung, die Arbeitnehmerrechte, die Steuerfreiheit der Zuschläge für die Arbeit an Sonntagen, Feiertagen und in der Nacht sowie die Erhaltung der Pendlerpauschale in voller Höhe. Nicht nur die Glaubwürdigkeit der Jusos, sondern auch die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag und die Glaubwürdigkeit der Politik im Allgemeinen aber besonders die der Sozialdemokratie ist durch diese Art der „Kompromiss“- Findung auf Dauer gefährdet.

Die von Sozialdemokratie geprägten Ziele wurden scheinbar gegen Ministerposten eingetauscht. Durch den daraus resultierenden öffentlichen Identitätsverlust der SPD, sinkt das Demokratieverständnis bei den Wählerinnen und Wählern aber auch der Wille zur Verbesserung unseres Landes bei den Mitgliedern der Jusos und der SPD.

Die Wählerinnen und Wähler der sozialen Demokratie werden den Missbrauch ihrer Stimmen nicht vergessen. Die Folge wird die Stärkung der politischen Extremisten sowie die Zunahme der Nichtwählerschaft sein. Beides ist schädlich für das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland.

C12

Kinderbetreuung ist kein Experiment

Als Jusos Thüringen stehen wir für den Erhalt der Kindertagesstätten in öffentlicher Hand. Mindestens ein Drittel aller Kindertagesstätten sollen weiterhin in der Hand der jeweiligen Kommune bleiben.

C13

Revolution der Basis

Die Jusos Thüringen wünschen dem neuen Bundesvorsitzenden der SPD, Matthias Platzeck, gutes Gelingen in seinem neuen Amt an der Spitze der Partei.

Er soll stärker als bisher auf die Belange der Basis eingehen. Der Reformprozess der letzten Jahre hat stark am Zusammenhalt der SPD gezerrt. Wir haben den sozialdemokratischen Anstrich des Öfteren vermisst.

Auch in der Arbeit der Bundesregierung bedarf es eines stärkeren Gewichts unserer sozialdemokratischen Grundwerte. Die Agenda 2010 ist notwendig, jedoch in der bisherigen Form kein Zukunftsprojekt. Wir fordern eine eindeutige sozialdemokratische Handschrift im Reformprogramm der Bundesregierung!

Seit Jahren bestand zwischen Parteispitze und Basis ein Kommunikationsproblem.

Parteitagsbeschlüsse spiegelten sich nicht im Handeln der Bundesregierung wider oder Bundesparteitage wurden als Marionette der Bundesregierung missbraucht. Wenn die Partei nicht in die politischen Entwicklung an der Führungsspitze und somit an der politischen Willensbildung beteiligt ist, kann Regierungshandeln auch gegenüber den BürgerInnen nicht kommuniziert werden. Ein deutliches Signal geht von den zahlreichen verlorenen Landtagswahlen aus. Auch die letzte Bundestagswahl war kein Erfolg für die SPD.

Transparenz in der Führungsspitze und im Regierungshandeln, Kommunikation und politische Meinungsbildung in und mit der SPD-Basis sind unsere Forderungen!

C15

Bessere finanzielle Unterstützung für Berufsschulen

Die Jusos Thüringen sprechen sich entschieden für mehr finanzielle Mittel für staatlich berufsbildene Schulen aus, um eine qualitativ bessere und vor allem moderne Ausbildung Jugendlicher zu ermöglichen.

Begründung:

Viele staatliche Berufsschulen warten seit Jahren auf dringend nötige Sanierungen. Bautechnisch sind viele in einen desolaten Zustand und sind häufig sogar von Schließungen drohen. In vielen Fällen sind Gebäude und Klassenräume seit der Wende 1989 nicht renoviert wurden.

Gleichzeitig fehlen Gelder für moderne und aktuelle Lehrmittel. Vieles ist veraltet und nur noch teilweise zum Lernen nutzbar. Neue Techniken und Arbeitsweisen, die der heutige Arbeitsmarkt verlangt, können teilweise nicht vermittelt werden.

Infolge dessen fehlt vielen Jugendlichen die eigentlich notwendigen Qualifizierung für den heutigen Arbeitsmarkt.

D1

Satzungsänderung

Der Satzung des Juso-Landesverbandes ist in § 2 Abs. 1 der Anstrich

8. nationalsozialistischen, faschistischen, rassistischen sowie jede Form des (neo-)nazistischen Gedankengutes mit allen rechtlich zulässigen Mitteln zu bekämpfen bzw. dessen Entstehung zu verhindern.

zu ergänzen und der Anstrich 7. wie folgt zu ändern:

7. alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bei der politischen Arbeit zu unterstützen und sie durch Informationsaustausch, Schulung, Bildung und Freizeitangebote zu fördern,

D3

Arbeitskreis Antirassismus

Der Landesverband gründet einen neuen Arbeitskreis. Dieser beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Thema Antirassismus (AK AntiRa). Der Arbeitskreis setzt sich aktiv mit der Thematik Rechtsextremismus und Rassismus in unserer Gesellschaft auseinander.

Wir sollten versuchen durch Informationsprojekte und gezielte Aktionen auf die wachsende Gefahr von Rechts aufmerksam zu machen und rassistischen Ideologien mit politischer Bildung zu begegnen. Wir kämpfen für eine gerechte und solidarische Welt in der jede/r, unabhängig von Religion Hautfarbe und politischen Überzeugung oder sexuellen Orientierung freizügig leben kann. Wir treten für eine multikulturelle Gesellschaft und ein internationales System der Zusammenarbeit und Solidarität ein. Mitglieder der Jusos und des Arbeitskreises AntiRa sollen sich in ihrem Umfeld über rechtsextreme Strukturen, Ideologien und Symbole informieren. Anhand dieser Informationen kann der Arbeitskreis Aktionen planen, wie zum Beispiel: Filmnacht gegen Rechts oder Diskussionsveranstaltungen. Die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend oder der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen (MOBIT) und anderen antirassistischen Initiativen soll fortgeführt werden. Die Zusammenarbeit hat in diesem Jahren gut geklappt, wie die vielen gut organisierten Gegendemonstrationen in Thüringen im Sommer 2005 und gemeinsame Projekte bewiesen haben.

Der Arbeitskreis sollte sich jeden bis jeden zweiten Monat treffen, um Aktionen zu planen, um sich abzusprechen und verschiedenes Infomaterial (Sticker, Buttons, Flyer, o.ä.) zu erstellen. Des Weiteren soll ein E-Mail Verteiler eingerichtet werden, den jedes Mitglied abonnieren kann. In diesem soll über Veranstaltungen, Strukturen und Informationen der Nazis in Thüringen und den einzelnen Regionen berichtet werden. Jedes Mitglied kann einen Beitrag leisten, indem er/sie sich in der Schule, Arbeit, Uni umhört was es für aktuelle Tendenzen im rechten Spektrum gibt. Um schnell auf die Aktionen (Demos) der Nazis reagieren (Gegendemo) zu können ist auch eine starke Zusammenarbeit mit den Beethoven Kreis wichtig. Der Arbeitskreis soll nicht nur Reaktion sondern nach und nach auch Aktionen gegenüber Rechtsextremisten beinhalten.

12

Erarbeitung eines Liederbuchs

Die Jusos Thüringen setzen sich dafür ein, dass innerhalb des nächsten Jahres ein Liederbuch mit Arbeiterlieder entworfen und gedruckt wird. Vorbild sollte das bestehende Liederbuch des Landesverbandes Rheinland – Pfalz der Jusos sein. Es sollte allen Juso Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Ein Liederbuch fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl der Jusos. Durch Lieder wird nicht nur das Verbundenheitsgefühl gefördert, sondern auch die lange Geschichte der SPD und natürlich der Jusos wieder gespiegelt. Es sollte es uns einfach Wert sein, unsere Lieder in einem Liederbuch zusammenzufassen.

13

Prüfung der Möglichkeit des Einsatzes von Internet-Kommunikationsmitteln bei (erweiterten) Landesvorstandssitzungen

Problem

Zu (erweiterten) Landesvorstandssitzungen sind die Kreisvorsitzenden oder einE benannte StellvertreterIn stimmberechtigt und werden eingeladen.

Einige Kreisverbände sind auf diesen Sitzungen nur selten (durch einen vermuteten dennoch verständlichen Zeitmangel) durch einE RepräsentantIn vertreten.

Durch das direkte Verhältnis der Anwesenden zu der Meinungspluralität auf den Landesvorstandssitzungen, sieht der Kreisvorstand des Kreisverbandes Greiz eine Notwendigkeit zur Verbesserung der Anwesenheitsmöglichkeiten.

Weiter könnten große Teile der entstehenden Reisekosten der KreisverbandsrepräsentantInnen in Aktionen der Jusos fließen, würden diese reduziert.

Aus diesem Grund beantragt der Juso Kreisvorstand Greiz:

Der Landesvorstand prüft die Möglichkeit zur Schaffung eines einheitlichen, kostenfreien Standards zur Kommunikation auf Basis des Internets per Schrift, Ton und optionaler Bildübertragung. Hierfür eignen sich beispielsweise Programme wie ICQ und NetMeeting. Durch die Historiefunktion ist eine aufwandsneutrale Protokollierung der Gespräche und offenen Abstimmungen ermöglicht.

Der Landesvorstand müsste nur den Teilnehmern die Online- Kosten erstatten, die keine Flatrate besitzen. Allen RepräsentantInnen, aber besonders denen, ohne Möglichkeit der digitalen Kommunikation, steht die Alternative der persönlichen Anwesenheit weiter offen.

Eine bürgernähere und verbesserte kreisverbandsnahe Kommunikation stellt einen weiteren Vorteil dieses Antrags dar.

Jusos in der SPD Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 37, 99084 Erfurt
Telefon: (0361) 2 28 44 18 · Telefax: (0361) 2 28 44 27
E-Mail: peter.metz@spd.de · Internet: www.jusos-thueringen.de

Redaktionelle Überarbeitung: Landesgeschäftsstelle, 16.12.05